



UNSERE KREISTAGSFRAKTION HAT FORMAT

(v.l.n.r.): Felix Thier, Klaus Hubrig, Heike Kühne, Helmut Scheibe (dahinter), Erste Beigeordnete Kirsten Gurske, Dirk Hohlfeld (dahinter), Landrätin Kornelia Wehlan (sitzend), Jürgen Akuloff (dahinter), Maritta Böttcher, Peter Dunkel (dahinter), Dr. Rudolf Haase, Dr. Irene Pacholik, Dr. Günter Stinal, Roland Scharp; es fehlt bzw. Nachrückerin für Kornelia Wehlan ist Dr. Margitta-Sabine Haase

Nicht nur das Format unserer Zeitung hat sich geändert, auch die Ansprüche unserer Leserinnen und Leser sind größer geworden. Berechtigt werden mehr Einblicke in die Arbeitsweise der Kreistagsfraktion gewünscht, und unser Mitwirken an der Kreispolitik soll transparenter nachlesbar sein. Künftig werden wir über alle wesentlichen Beschlüsse des Kreistages sowie über die Sachthemen aus den Kreistagsausschüssen besser informieren. Zu den Schlussfolgerungen aus der laufenden Legislatur zählt an vorderer Stelle die Kontaktbrücke zu den Wählerinnen und Wählern sowie die Verbindung zu den Basisorganisationen. Unsere Mitglieder in den Gemeindevertretungen werden an der Beschlussvorbereitung beteiligt und mit ihren »Einblicken« zu Wort kommen. Die aktuellen Artikel dieser Ausgabe reflektieren Inhalte der Kreispolitik aus der Sicht von Mitgliedern unserer Kreistagsfraktion. Es sind Einblicke in Politikausschnitte mit Langzeitwirkung auch für die nächste Wahlperiode.

Unsere Bilanz heute kann sich sehen lassen, weil parteipolitisch Ziele der LINKEN unser Handeln bei Entscheidungen zur Arbeitsmarkt-

und Sozialpolitik bestimmt haben. Uns geht es nicht vordergründig um Rankingtabellen, die wenig Aussagekraft zu den tatsächlichen Lebensverhältnissen im Kreis haben. Wir haben bei allen Beschlüssen mit finanziellen Auswirkungen auf den Geldbeutel der Betroffenen die soziale Verträglichkeit eingefordert. Trotz aller Querelen mit Personaldebatten und finanzpolitischen Fehlleistungen hat unsere Fraktion auf die Leistungsfähigkeit des Kreises positiven Einfluss genommen. Keine andere Fraktion des Kreistages hat dauerhaft konstruktiv und personell unterstützend die Entwicklung der Kreispolitik so beeinflusst wie die Linksfraktion. Es soll unbedingt angemerkt werden, dass die personellen Auswirkungen von Korruption und sonstiges Versagen mit unserer Einflussnahme in Grenzen gehalten wurden. In vorbildlicher Weise haben besonders Kirsten Gurske, Maritta Böttcher und Kornelia Wehlan die Arbeits- und Handlungsfähigkeit von Verwaltung und Kreistag unterstützt. Es gibt keine zwei Meinungen dazu, dass es Konnis Verdienst ist, erstmalig mit dem Bürgervotum und der Mehrheit des Kreistages als erste Landrätin gewählt zu werden.

Gerade deshalb bleibt viel zu tun. Wir wollen uns weiter an der Umsetzung der Kreisentwicklungskonzeption messen lassen und die Verwaltungschefin bestmöglich unterstützen.

Dafür sind die Ausgangsvoraussetzungen nicht schlecht. Es lässt sich gut leben in Teltow-Fläming, aber nicht überall. Die sogenannten Sozialindikatoren stehen bei uns im Fokus. Neben den positiven Tendenzen der sinkenden Quoten der Arbeitslosigkeit ist die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung auf ca. 54 700 Arbeitsplätze gestiegen. Der Vergleich der Einkommenshöhe ist für uns jedoch wesentlich. Der Kreis bewegt sich auch im oberen Drittel beim Bruttoinlandsprodukt mit über 3,6 Milliarden Euro, was auch zu hohen Steuereinnahmen führt.

Problematisch sehen wir demografische Entwicklungstendenzen beim Bevölkerungsrückgang. Es fehlen jährlich 400 Geburten für die einfache Reproduktion beim Bevölkerungszuwachs, der Altersdurchschnitt der Bevölkerung liegt bei 46 Lebensjahren. Die erforderliche Grundsicherung im Alter hat deutlich steigende Tendenz, über ein Fünftel der Kinder im Kreis

müssen unter Hartz-IV-Bedingungen aufwachsen. Diese Zahlen sollen die Notwendigkeit unseres sozialen Engagements verdeutlichen. Unser Kreiswahlprogramm stellt hierzu klare Aufgaben. Die zahlenmäßige Stärke unserer künftigen Kreistagsfraktion bestimmt die Möglichkeiten der Einflussnahme auch auf die freiwilligen Aufgaben des Kreises. Leider lässt die Finanzausstattung der Kommunen Wünsche an die Bundespolitik offen.

Für uns zählen Kultur, Sport und Freizeitgestaltung mit den Förder- und Zugangsmöglichkeiten für alle zur kommunalpolitischen Verantwortung.

So betrachtet, haben unsere Fraktionsmitglieder viel erreicht. Wir haben Kompetenz und Erfahrung in die Kreispolitik eingebracht. Wir sind selbstbewusst, steigerungsfähig und hoffen auf Unterstützung mit Hinweisen, Kritiken und Vorschlägen. Wünschen wir den »Einblicken« ein gutes Leserecho und den Kommunalwahlen am 25. Mai 2014 beste Erfolge!

Jürgen Akuloff

Vorsitzender der Fraktion DIE LINKE. im Kreistag Teltow-Fläming

LÄRM MACHT KRANK!



Diese Erkenntnis ist nicht neu und gilt für Fluglärm erst recht. Deshalb hat sich die Fraktion DIE LINKE im Kreistag Teltow-Fläming auch in der vergangenen Wahlperiode intensiv mit den Folgen des Flughafenbaus in Schönefeld auseinandergesetzt. In enger Zusammenarbeit mit der Landtagsfraktion der LINKEN in Brandenburg haben wir frühzeitig auf die notwendigen Investitionsplanungen für den rechtlich bindenden, planfestgestellten baulichen Lärmschutz hingewiesen. Die jetzt vorliegenden gerichtlichen Entscheidungen haben keine neue Situation geschaffen, sondern die berechtigten Forderungen der Flughafenanwohner nur bestätigt.

Jetzt ist es an der Zeit, die Forderung der LINKEN nach einem kombinierten Schallschutz- und Lüftungskonzept für alle Berechtigten zu prüfen und umzusetzen. Hierbei sind modernste Technologien einzusetzen, bei denen Lüftung, Schallschutz und Wärmerückgewinnung eine Einheit bilden.

Wir haben gemeinsam mit anderen die Schallschutz-Beratungsstelle in Mahlow initiiert und werden uns auch weiterhin für diese notwendige Einrichtung in Blankenfelde-Mahlow einsetzen.

Der beste Schallschutz ist Flugvermeidung. Wir haben intensiv das Volksbegehren zur Ausweitung des Nachtflugverbotes auf die Zeit von 22 bis 6 Uhr unterstützt. Wir erwarten, dass die Landesregierung Brandenburg dem Versuch der Gesellschafter Berlin und Bundesrepublik Deutschland, die Ergebnisse des Volksbegehrens nicht anzuerkennen, konsequent entgegentritt. Offensichtlich haben sich Regelungen überholt, nach denen die Entscheidungen nicht dort gefällt werden, wo der Lärm ist. Vor diesem Hintergrund setzen wir uns auch weiterhin für eine Reduzierung der Fluglärmkommission nach dem Prinzip der Hauptbetroffenheit ein.

Eine Entwicklung des BER-Standortes in Berlin-Schönefeld zu einem internationalen Luftdrehkreuz lehnen wir ab und fordern gleichzeitig die dauerhafte und abschließende Deckelung der planfestgestellten und genehmigten Anzahl von jährlich 360 000 Flugbewegungen.

Gleichzeitig wenden wir uns gegen eine Verteilung von Fluglärm auf andere Standorte. Unser Ziel ist die Vermeidung von Flugbewegungen.

Roland Scharp

Mitglied im Ausschuss für Wirtschaft und Regionalentwicklung

IST UNSER WOHNRAUM NOCH BEZAHLBAR?

Diese Frage ist zum Beispiel für Ludwigsfelde so einfach nicht zu beantworten. Viele Faktoren müssen berücksichtigt werden.

In unserer Stadt wird der überwiegende Wohnungsbestand von zwei Unternehmen verwaltet. Das kommunale Wohnungsunternehmen Wohngesellschaft Ludwigsfelde mbH »Märkische Heimat« führt 3 170 Wohnungseinheiten, meist aus den Vorkriegsjahren, Wohnbaublöcke aus den Jahren 1956 bis 1990 und einige Neubauten nach 1990, alles saniert bzw. rekonstruiert.

Die Ludwigsfelder Wohnungsgenossenschaft verfügt über 2950 Wohnungseinheiten, erbaut von 1958 bis 1990. Der größte Teil ist ebenfalls modernisiert worden, Fahrstühle wurden nachgerüstet.

Trotz Leerstand (2 bis 3 Prozent) können die Wartelisten bei den Gesellschaften bei weitem nicht abge-



arbeitet werden – wie entsteht diese Diskrepanz, welche Wohnungen stehen leer? Solche in nicht voll sanierten und modernisierten Blöcken, ohne Fahrstuhl, in den oberen Stockwerken und in bestimmten Wohnlagen. Sie sind im unteren Bereich der Kaltmieten, also gut bezahlbar.

Wartelisten gibt es natürlich dort, wo die eben beschriebenen Negativmerkmale nicht zutreffen. Diese Wohnungen sind sehr gefragt, trotz höherer Kaltmiete durch den hohen Modernisierungsaufwand.

Und doch sind die Mieten in Ludwigsfelde im Verhältnis zu anderen Kommunen immer noch günstig, das zeigt die steigende Nachfrage aus Berlin und Potsdam.

Bei der Betrachtung der Mietpreise werden überwiegend die Gesamtkosten gesehen, die Betriebskosten gerne vernachlässigt. Gerade diese steigen gegenüber der Kaltmiete aber überproportional. In den letzten zwölf Jahren ist die Nettokaltmiete im Schnitt um 17 Prozent gestiegen – Strom dagegen um 99 Prozent, Energiepreise sogar um 112 Prozent! Diese Durchlaufposten muss der Vermieter weiterreichen.

Für die Kontrolle von Mietdaten ist der Mietspiegel für Vermieter als auch Mieter ein verlässliches Instrument. Schon vor Jahren hat

unsere Fraktion in Abstimmung mit dem Mieterbund die Erarbeitung eines Mietspiegels gefordert. Trotz Skepsis vonseiten der Wohnungsgesellschaften waren wir uns einig, dass ein solches Dokument die Interessen der Mieter besser schützen kann.

Die Stadtverwaltung hat unter Mitwirkung von Vermietern, Mieterbund und Stadtverordneten ein solches Papier erarbeitet und durch die Stadtverordnetenversammlung beschließen lassen. Inzwischen wurde der Mietspiegel zu einem qualifizierten Mietspiegel nach anerkannten wissenschaftlichen Grundsätzen erweitert. Er stellt eine der gesetzlichen Möglichkeiten für die Ermittlung der ortsüblichen Vergleichsmieten dar und wird von den Wohnungsverwaltungen als hilfreiches Arbeitsmaterial geschätzt und genutzt.

Meine Frage, ob Wohnraum bezahlbar ist, konnte ich noch nicht beantworten. Wenn ich bedenke, dass in unserem reichen Land jeder das Grundrecht auf Wohnen hat, dafür aber 50 bis 70 Prozent seines Einkommens aufbringen muss, ist der Begriff »bezahlbarer Wohnraum« aber wohl unzutreffend.

Peter Dunkel

Mitglied im Kreistag und Fraktionsvorsitzender in Ludwigsfelde



SOZIALES

SOZIALES AUGENMASS HAT OBERSTE PRIORITÄT

Seit vielen Jahren begleitet DIE LINKE in der Trägerversammlung des Jobcenters engagiert und kritisch die Arbeit dieser Einrichtung im Interesse der vielen Hartz-IV-Bezieher.

Ein kommunaler Schwerpunkt ist die Aufdeckung und Bekämpfung sittenwidriger Löhne.

Für 2014 konnte das als kommunales Ziel zwischen Kreis und Jobcenter festgeschrieben werden. Ein Drittel der erwerbsfähigen Leistungsberechtigten in Teltow-Fläming sind erwerbstätig (ca. 3 000), können aber von dieser Arbeit nicht ihren Lebensunterhalt bestreiten.

Ziel ist es jetzt, durch intensive Gespräche mit Arbeitgebern, aber auch durch die Sensibilisierung der Betroffenen selbst eine verbesserte Einkommenssituation zu erreichen. Dieser Prozess wird über den Beirat des Jobcenters auch von Handwerkerschaft und Industrie- und Handelskammer unterstützt.

Auch in Teltow-Fläming stehen aufgrund der Haushaltslage viele freiwillige Leistungen auf dem Prüfstand. Dass Kürzungen mit sozialem Augenmaß und auf die Nachhaltigkeit erfolgen, zeigt sich auch am Netzwerk für gesunde Kinder. 70 000 Euro werden jährlich für diese Arbeit bereitgestellt. Bei Familien, die das Angebot wahrnehmen, konnte bereits ein gesundheitsfördernder Aspekt für die Kinder festgestellt werden.

Breiten Raum nimmt die Arbeit des Seniorenbeirats ein. Die Arbeit mit und für Seniorinnen und Senioren bleibt eine generationsübergreifende Notwendigkeit für DIE LINKE.

Die Einflussnahme auf die Schaffung einer Willkommenskultur für Kriegsflüchtlinge und Asylbewerberinnen und -bewerber ist ebenso selbstverständlich wie zum Beispiel die Weihnachtsfeier für deren Kinder.

Als LINKE im ländlichen Raum unterstützen wir in der Stadt Dahme/Mark den Erhalt der vorhandenen Bildungsangebote. In Dahme stehen für die umliegenden Dörfer und Gemeinden Grund- und Oberschule mit Ganztagsangeboten zur Verfügung. Der Oberschule in Dah-

me drohte Schließung – sie konnte abgewendet werden.

Der Einzugsbereich der Oberschule konnte vergrößert und damit die erforderliche Schülerzahl gesichert werden, jedoch ist auch in den nächsten Jahren einer Auflösung der Schule langfristig entgegenzuwirken. Die Schulen stehen in unmittelbarem Zusammenhang mit der Entwicklung der Stadt, die ansonsten für Familien an Attraktivität und Bedeutung verliert. Ziel ist der Erhalt als Bildungsstandort im ländlichen Raum als eine wichtige städtische Funktion. Als dringende Aufgabe steht die Sicherung der weiterführenden Schule in Dahme durch spezielle Lernangebote. Als Spezialisierung könnte das vorhandene Potenzial in Sport, Musik oder Landwirtschaft und Natur der Stadt genutzt werden.

Maritta Böttcher

Vorsitzende des Ausschusses für Gesundheit und Soziales

Heike Kühne

Mitglied im Ausschuss für Gesundheit und Soziales

JUGENDARBEIT

»FREIWILLIGE« AUFGABE KINDER- UND JUGENDARBEIT? WENIGER KINDER UND JUGENDLICHE – WENIGER GELD?!

Unter dem Aspekt der abnehmenden Anzahl von Kindern und Jugendlichen könnte man es sich leicht machen und entsprechend auch die Finanzen kürzen.

Doch die Probleme in der offenen Kinder- und Jugendarbeit und Jugendsozialarbeit nehmen nicht ab – sie verstetigen sich mit neuer Qualität.

Festzustellen ist eine immer frühzeitiger (6–7-Jährige) einsetzende Zunahme von Verhaltensauffälligkeiten und eine immer weniger ausgeprägte Konfliktlösungskompetenz, die sich in Gewalt und aggressivem Verhalten äußert. Regeln für ein einvernehmliches Zusammenleben untereinander oder gegenüber Erwachsenen sind bei vielen Kindern unbekannt oder



nicht akzeptiert. Steigend ist die negative Qualität und Intensität von Aggressivität und erhöht sich weiter im Jugendalter.

Der Integration dieser Kinder und Jugendlichen, insbesondere der sozial Benachteiligten, und der Prävention gegen alle Formen von Gewalt ist noch stärkere Aufmerksamkeit zu widmen. Ein enges und koordiniertes Zusammenwirken von offener Kinder- und Jugendarbeit, Schule und Kindereinrichtungen ist notwendig.

Hier ist auch die Politik gefordert, insbesondere um die notwendigen finanziellen und personellen Rahmenbedingungen zu schaffen. Zwar werden sich die personellen Bedingungen bis 2015 nicht verändern, doch zum Personal gehören auch immer Sach- und Betriebskosten.

Der Versuch vom Jugendamt, 2012 die Förderung der Sach- und Betriebskosten um 50 Prozent zu kürzen, scheiterte am Widerstand

besonders der südlichen Region des Landkreises. Der dann gefundene Kompromiss, gestaffelt jeweils in 25-Prozent-Schritten 2013 und 2014 zu kürzen, tut besonders den finanzschwachen Trägern sehr weh. Diese oder die Kommunen müssen diesen Anteil verpflichtend kompensieren, sonst bekommen sie auch die anteilige Förderung vom Kreis nicht.

Es stellt sich die Frage, ob die so jährlich eingesparten ca. 30 000 Euro die Einschnitte in Qualität und Umfang der sozialen Arbeit wert sind.

Nebenbei bemerkt: In den vergangenen Jahren wurden durch unterschiedliche Faktoren mehr als diese 30 000 Euro jährlich in diesem Fachbereich im Kreis nicht ausgegeben. Hier sehe ich Aufgaben für die Arbeit der neuen Kreistagsfraktion.

Felix Thier

Mitglied im Ausschuss für Bildung, Kultur und Sport

Die angespannte Haushaltslage des Kreises ist geprägt durch Kreditverpflichtungen in Höhe von 19 338 000 Euro, Bürgschaften in Höhe von 19 871 000 Euro und einer Inanspruchnahme des Kassenkredites in Höhe



HAUSHALT

ROTSTIFT ODER SOZIALE KONSOLIDIERUNG

von 35 589 000 Euro. Während Kreditverpflichtungen planmäßig aus den Einnahmen bedient werden können, Bürgschaften im Extremfall anfallen können, ist die Inanspruchnahme des Kassenkredites Haupt-schwerpunkt der Konsolidierung.

Nun gibt es verschiedene Lösungen, den Kassenkredit zu senken. Erstens die Einnahmesituation zu verbessern. Allem voran die Erhöhung der Kreisumlage. Diesem Ansinnen hat der Kreistag durch Beschluss über eine Nachhaltigkeitsatzung einen Riegel vorge-schoben. Pflichtige Ausgaben zu

kürzen, verbietet sich schon allein aus dem Wort pflichtig. Die erforderlichen Mittel hierfür sind einzustellen. Verbleiben also noch die Auslagerung von Aufgaben (zum Beispiel die Flaeming-Skate, das Museumsdorf Glashütte), die Senkung der Personalausgaben und die Senkung der freiwilligen Leistungen. Erstere führt zu einer Mehrbelastung von Kommunen, was nicht unbedingt zielführend sein muss. Senkung der Personalausgaben ist ein zweischneidiges Schwert. Auf der einen Seite muss

die Verwaltung handlungsfähig bleiben, andererseits führen Tarifierhöhungen, die wir ausdrücklich begrüßen, bei einem Stellenabbau kaum zu Einsparungseffekten. Bleiben die freiwilligen Aufgaben. Eine dieser Aufgaben ist das Kreishaus. Der Kauf im Jahre 2014 bringt dem Kreis in der kommenden Wahlperiode 2014–2018 eine Entlastung von 10 919 000 Euro im Ergebnishaushalt und 2 631 000 Euro im Finanzhaushalt. Zusammen mit anderen Maßnahmen laut Haushaltssicherungskonzept von 947 000 Euro

liegt das Konsolidierungspotenzial in der Wahlperiode bei ca. 15 Millionen Euro. Ein mehr als nur sportliches Ziel. Dabei wollen wir Einiges möglichst gar nicht ändern. Wie die unentgeltliche Schülerbeförderung, und andere Bereiche durch sozialverträgliche Gebührenbeteiligungen wie Sporthallennutzung und Musikschule.

Der Kreis hat sich in den Jahren seit seiner Gründung eine solide Basis geschaffen. Darauf aufbauend sollte es der gesamten kommunalen Familie gelingen, die entstandenen finanziellen Verwerfungen zu beseitigen. Die Kassenkredite sind bis 2018 nicht vollständig zu beseitigen aber die Voraussetzungen, um einen ausgeglichen Haushalt bis 2022 zu erreichen, stehen nicht schlecht.

Dirk Hohlfeld

Vorsitzender des Ausschusses für Haushalt und Finanzen

ENERGIE

FÜR EINE ÖKOLOGISCHE UND NACHHALTIGE ENERGIEGEWINNUNG

Wir LINKE sind unbedingt Befürworter einer regenerativen Energiegewinnung. Mit der Erhöhung des Anteils an erneuerbaren Energien gegenüber den konventionell betriebenen Kraftwerken muss aber die Grundversorgung der Bevölkerung mit Energie und Wärme bezahlbar bleiben. In den Beratungen der Fachausschüsse des Landkreises Teltow-Fläming ist unserer Fraktion nicht nur die Erweiterung alternativer Energiegewinnung wichtig, sondern dass bei der Standortbestimmung für diese Anlagen der Bürgerwille unbedingt zu berücksichtigen ist. Viele Proteste von Bürgern und Bürgerinitiativen sind allein darin begründet, dass zu wenig die Belange der Anwohner berücksichtigt werden. Es gibt in unserem Kreis genügend potenzielle Standorte, die für Windkraftanlagen geeignet sind und die Akzeptanz in der Bevölkerung finden. Unsere Fraktion hat sich erfolgreich gegen die Installation von Windkraftanlagen in zu großer Nähe von Wohnbe-

Gute Chancen für den Landkreis, sich zu einer 100-Prozent-Erneuerbaren-Energieregion zu entwickeln

bauungen eingesetzt und plädiert für einen Mindestabstand von 1 500 Meter. Gleichzeitig lehne ich Windkraftanlagen in Naturschutzgebieten und Waldgebieten ab. Die Fraktion DIE LINKE. im Kreistag hat die Bürgerinitiative »Freier Wald« gegen den Bau von Windkraftanlagen in der Zossener Heide erfolgreich unterstützt. Natürlich werden wir auch jeglichem Standort für Windräder und Biogasanlagen innerhalb von Wohngebieten widersprechen. Wir setzen uns für den Betrieb von dezentralen Biogasanlagen ein. Dort, wo bei Landwirtschaftsbetrieben genügend eigene Biomasse vorhanden ist, sind kleine Biogasanlagen sinnvoll. Dabei ist bei einer Stromerzeugung die Abwärme ebenfalls effektiv zu nutzen. Ein gutes Beispiel ist dabei die Biogasanlage in Meinsdorf im Süden unseres Kreises. DIE LINKE ist gegen Großanlagen, bei denen die Biomasse über Kilometer herangekarrt werden muss. Die Produktion großer Mengen von Biomasse

beeinträchtigt landwirtschaftliche Nutzflächen, da dadurch die Vielfältigkeit der Tier- und Pflanzenwelt vernachlässigt, ja zerstört wird. Wir konnten die Errichtung von solchen Biogasanlagen in Luckenwalde aus diesem Grunde verhindern, indem wir die Bürgerinitiative parlamentarisch als auch außerparlamentarisch aktiv unterstützten.

In unserem Kreis beträgt die gegenwärtige Kapazität des durch erneuerbare Energien erzeugten Stromes über 80 Prozent des Bedarfes. Tatsächlich werden aber nur etwa 50 Prozent des regenerativ erzeugten Stromes mangels Netzkapazität eingespeist. Wir haben also noch Reserven, um effektiv die bereits vorhandenen Kapazitäten zu nutzen. Damit hat auch der Landkreis gute Chancen, sich zu einer 100-Prozent-Erneuerbare-Energieregion zu entwickeln.

Dr. Rudolf Haase

Langjähriges Mitglied im Ausschuss für Landwirtschaft und Umwelt